

## Ein Nachwort zum Fall Krüger

So erfreulich es ist, daß der Fall *Krüger* rascher liquidiert wurde als der seines Vorgängers *Oberländer*, so unerfreulich ist es wiederum, daß dieser Fall überhaupt entstehen konnte. Hans Krüger war jahrelang Präsident des Bundes der Vertriebenen. Schließlich bestand der Kreis seiner Mitarbeiter dort nicht lediglich aus seinen eigenen Parteifreunden (hier meine ich Krügers gegenwärtige Partei, nicht jene andere, der er seit 1933 so lange angehört hat, als es diese Partei überhaupt gab). Ist es denn niemandem eingefallen, nach der Vergangenheit des Kandidaten für eine so prominente Präsidentschaft zu fragen und zu untersuchen, ob er überhaupt tragbar ist? Ist denn lärmender Antikommunismus (wenn auch zwischen dem 22. August 1939 und dem 22. Juni 1941 diskret unterdrückt) die einzige verlangte Qualifikation? Dann wäre es doch gleich besser, einen bekannten statt eines unbekannteren früheren NSDAP-Funktionärs an die Spitze zu stellen! Die Zusammenarbeit mit Krüger scheint den anderen Funktionären im Präsidium des Bundes der Vertriebenen recht angenehm gewesen zu sein — hatten sie denn gar keinen Verdacht, daß da etwas nicht stimmen könnte?

Aber selbst wenn Hans Krüger nie der NSDAP angehört und nie Richter eines sogenannten „Volksgerichtes“ gewesen wäre (für ihn eine solche Kleinigkeit, daß man das ohne weiteres vergessen kann), gab es einen ernsten Grund, ihn nie zum Minister der Bundesrepublik aufsteigen zu lassen. Der *Spiegel* hat am 3. Juli 1963 ein Interview mit dem damaligen MdB Hans Krüger veröffentlicht, in dem die kühne Behauptung ausgesprochen war, die Bundesrepublik hätte „von allen Verbündeten entscheidende Erklärungen, daß die Grenzen von 1937 nach wie vor deutsche Grenzen seien“. Vorsichtigerweise hat er sich nicht darauf eingelassen, diese „entscheidenden Erklärungen“, die es in dieser Form nicht gibt, im Wortlaut wiederzugeben. Aber, fuhr er fort, die Frage der Haltung *de Gaulles* spiele bei manchen anscheinend eine wichtige Rolle. Diesbezüglich brauche man sich jedoch keine Sorgen zu machen:

*„Sie erinnern sich an die Äußerungen, die de Gaulle bezüglich einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie gesprochen haben soll. Es steht jedoch fest, daß er nicht von der Oder-Neiße-Linie gesprochen hat, sondern er hat von den gegenwärtigen gültigen Grenzen‘ gesprochen. Das heißt, von den völkerrechtlich gültigen Grenzen von 1937.“*

Es gibt Leute, die sich an Äußerungen zu dieser Frage erinnern, die de Gaulle tatsächlich gemacht hat! Im dritten Band seiner Kriegsmemoiren („Le Salut“, Paris 1959, S. 62) erzählt er von seiner Unterredung mit *Stalin* am 2. Dezember 1944, also vor der Konferenz von Jalta. Stalin hat ihm die Oder-Neiße-Linie (ohne Angabe, ob er die westliche oder die östliche Neiße meine) als polnische Westgrenze vorgeschlagen. *Gaulle* zitiert sich selbst:

*„Ich bemerkte, daß wir keine prinzipiellen Einwendungen gegen diese territorialen Veränderungen erheben, durch die überdies die Frage der Entschädigung für Polens Ostgrenze geregelt werden könnte.“*

Prinzipielle Einwendungen erhob de Gaulle nur dagegen, daß Stalin zwar die polnische Westgrenze jetzt schon festlegen, aber Frankreich nicht jetzt schon die Rheingrenze zugestehen wolle. Wie steht es aber mit dem Ausspruch über die „gegenwärtigen gültigen Grenzen“, die mit denen von 1937 identisch sein sollen? Krügers Auslegung ist auch auf Grund des Textes absurd, den er selbst verwendet; kein Staatsmann eines Landes der Welt versteht unter den „gegenwärtigen gültigen Grenzen“ die von 1937 (der Beschluß von Potsdam spricht bekanntlich von den „früheren deutschen Gebieten“ jenseits von Oder und westlicher Neiße). Aber de Gaulle hat auf seiner Pressekonferenz vom 25. März 1959 ganz eindeutig folgendes erklärt:

## EIN NACHWORT ZUM FALL KRÜGER

*„Die Vereinigung der beiden Grenzen (La réunification des deux frontières) zu einem einzigen Deutschland, das ganz frei wäre, scheint uns das normale Schicksal des deutschen Volkes zu sein, vorausgesetzt, daß dieses nicht seine gegenwärtigen Grenzen (ses actuelles frontières) im Westen, im Osten, im Norden und im Süden in Frage stellt.“*

Der damalige Präsident des Bundes der Vertriebenen hat also den klaren Sinn einer Äußerung eines Staatsmannes aus propagandistischen Gründen ins Gegenteil verkehrt. Jemand, der dies tut, disqualifiziert sich selbst von der Berufung auf eine exponierte Position, die die neue deutsche Demokratie zu vergeben hat.